

Fachkräftemangel an Schulen

Lehrpersonen fordern mehr Diplomierte, mehr Geld, mehr Entlastung

Der Berner Lehrpersonenverband Bildung Bern startet eine kantonale Initiative. Das Ziel: Bildungsqualität soll in der Verfassung verankert werden.



[Mirjam Comtesse](#)

Publiziert: 17.01.2024, 09:58



Stefan Wittwer, Geschäftsführer von Bildung Bern, stellt die kantonale Verfassungsinitiative vor.
Foto: Christian Pfander

Im Kanton Bern unterrichten zurzeit rund 2500 Personen ohne Lehrdiplom. Etwa 1500 davon sind Studierende der Pädagogischen Hochschule. Trotz ihrer Hilfe fehlt es vielen Schulen an Personal. Nun geht die Lehrergewerkschaft Bildung Bern in die Offensive: Sie startet eine kantonale Bildungsinitiative.

«Eine hohe Bildungsqualität ist das Fundament für den Werkplatz Schweiz und für die Demokratie», sagte Geschäftsführer Stefan Wittwer am Mittwoch an einer Medienkonferenz im Berner Kursaal. «Ohne Spitzenausbildung gibt es keine Spitzenforschung.» Zudem sei Bildung der beste Weg zur Integration.

Fokus aufs Unterrichten

Der Berufsverband fordert deshalb, dass Kanton und Gemeinden «die notwendigen Mittel» locker machen für «eine Bildung von flächendeckend hoher Qualität». Sie sollen auch dafür sorgen, dass «genügend qualifizierte Lehrpersonen und schulische Fachpersonen zur Verfügung stehen».

Und schliesslich will der Verband, dass sich Lehrerinnen und Lehrer wieder vermehrt auf ihre eigentliche Aufgabe – das Unterrichten – konzentrieren können. Deshalb verlangt er, «dass die Arbeit der Lehrpersonen und schulischen Fachpersonen in erster Linie den Schülerinnen und Schülern zugutekommt».

Diese drei Punkte soll der Kanton im Artikel 43 seiner Verfassung verankern. Dieser verpflichtet Kanton und Gemeinden bislang nur, Schulen zu führen, den Unterricht konfessionell und politisch neutral zu halten und die Aufsicht über die Schulen zu übernehmen.

Schluss mit Vorurteilen

Wieso hat Bildung Bern den Weg einer Verfassungsinitiative gewählt? Der Verband hätte auch einfach politischen Druck ausüben können auf Parlament und Bildungsdirektion.

«Es geht uns um die langfristige Perspektive», sagte Geschäftsführer Stefan Wittwer. Immer wieder müsse er erklären, weshalb Lehrerinnen und Lehrer eine solide Ausbildung bräuchten. Und er höre regelmässig, die Schulen funktionierten ja – trotz Fachkräftemangel.

«Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, wie anspruchsvoll dieser Beruf ist.» Die bisherigen Rezepte – Lücken notdürftig füllen und den ausgebildeten Lehrpersonen immer mehr Aufgaben aufbürden – führe zu Überlastung und Frust. Nötig seien neue Ideen und ein Commitment der ganzen Gesellschaft.

In ganzer Schweiz Aktionen geplant

Nun werden bis Mitte Juli 2024 Unterschriften gesammelt. Für eine Verfassungsinitiative sind im Kanton Bern 15'000 gültige Unterschriften nötig. Die Chancen, dass so viele zusammenkommen, sind intakt, denn die Initiative ist breit abgestützt.

Im Komitee sitzen nicht nur Exponentinnen und Exponenten des Berufsverbands, sondern auch Schulleitende sowie die Co-Präsidentin des Vereins Schule und Elternhaus Schweiz, Gabriela Heimgartner. Sie betonte an der Medienkonferenz: «Kinder sollen ihr Potenzial entfalten und Eltern Vertrauen in die Volksschule haben können.»



Gabriela Heimgartner setzt sich aus Elternperspektive für die Initiative ein.
Foto: Christian Pfander

Im August will Bildung Bern die Initiative einreichen, danach werden sich Parlament oder Regierung damit befassen. Vors Volk käme das Anliegen frühestens in ein paar Jahren.

Im Rahmen des gesamtschweizerischen Aktionsplans Bildungsqualität sind in anderen Kantonen ähnliche Vorstösse geplant: Der Aargauer Berufsverband lancierte ebenfalls am Mittwoch eine Initiative und der Bündner Berufsverband plant, am 24. Januar eine Petition einzureichen.

Gesprächsstoff – der Berner Podcast

Abonnieren Sie den Podcast auf [Spotify](#), [Apple Podcasts](#) oder in jeder gängigen Podcast-Apps.

Mirjam Comtesse hat Zeitgeschichte, Politikwissenschaft sowie Deutsche Literatur studiert und arbeitet als Redaktorin im Ressort Bern. Ihre Schwerpunkte sind Bildungspolitik und Religion. [Mehr Infos](#)

[Schule & Elternhaus Kanton Bern](#)